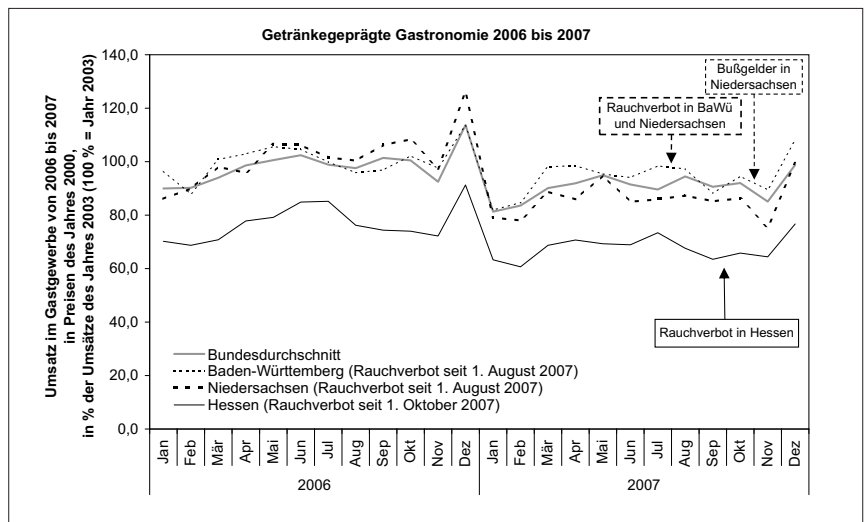
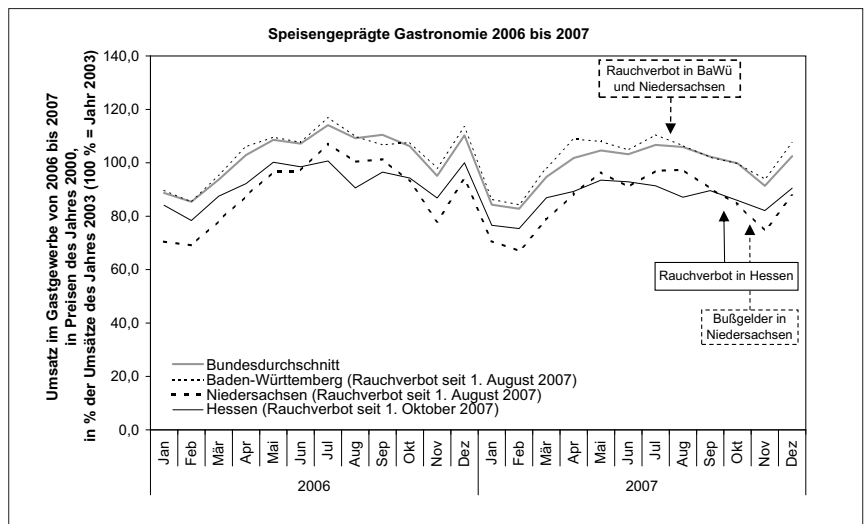


Umsatzentwicklung in der deutschen Gastronomie vor und nach der Umsetzung von Landesnichtraucherschutzgesetzen – eine erste Bilanz

Die Konjunkturstatistiken der Statistischen Landesämter erlauben Aussagen über die Umsatzentwicklung in einzelnen Bundesländern, wobei zwischen der „Speisengeprägten Gastronomie“ (Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben) und der „Getränkegeprägten Gastronomie“ (Schankwirtschaften, Diskotheken, Tanzlokale und sonstige getränkegeprägte Gastronomie) differenziert werden kann. In Baden-Württemberg und in Niedersachsen wurde das Landesnichtraucherschutzgesetz zum 1. August 2007 umgesetzt (wo-

bei in Niedersachsen erst seit dem 1. November 2007 bei Zuwiderhandlung auch tatsächlich Geldbußen drohen), in Hessen wurde das Landesnichtraucherschutzgesetz zum 1. Oktober 2007 umgesetzt. Als Referenzgröße dient die bundesdurchschnittliche Umsatzentwicklung desselben Zeitraums, die auf der Konjunkturstatistik des Statistischen Bundesamtes beruht.

Aus den nebenstehenden Abbildungen ist zu ersehen, wie sich die realen Umsätze in der Speisen- und der Getränkegeprägten Gastronomie in den genannten Bundesländern sowie im Bundesdurchschnitt in den Jahren 2006 und 2007 entwickelt haben.

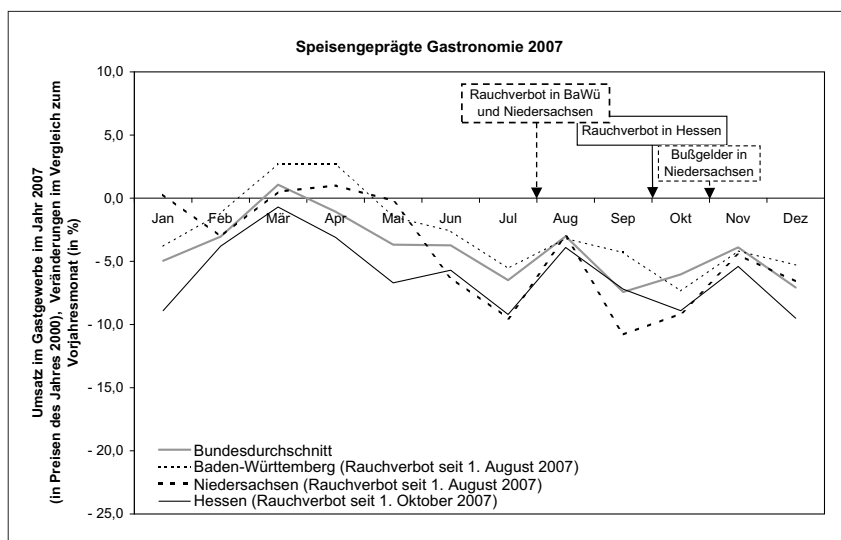
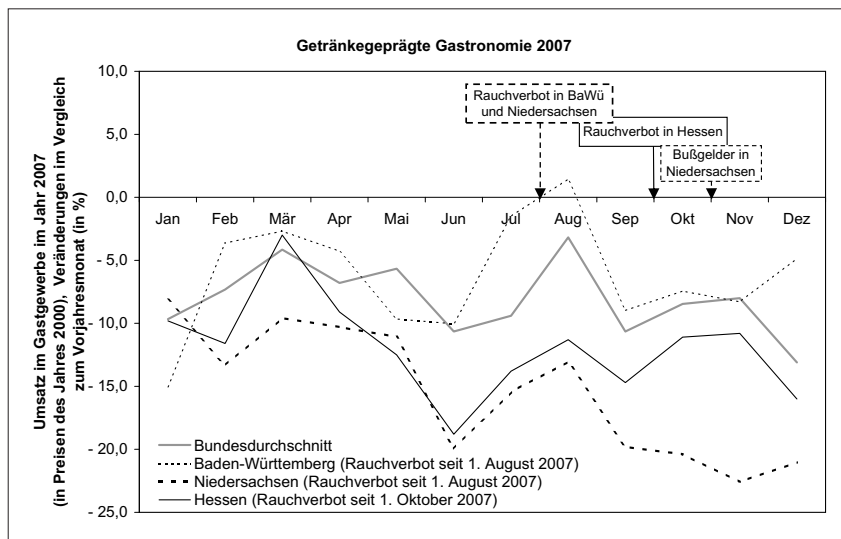


Quelle: Statistisches Bundesamt und Statistische Landesämter Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen.
Bearbeitung: Deutsches Krebsforschungszentrum, Stabsstelle Krebsprävention 2008

Aus den Grafiken wird deutlich:

- Die Entwicklung der Gastronomieumsätze verläuft in den Bundesländern mit Rauchverbot zwar auf verschiedenen Niveaus, folgt im Hinblick auf saisonale Schwankungen und konjunkturelle Trends jedoch weitgehend der gesamtdeutschen Entwicklung. Ein direkter Einfluss der Umsetzung der Nichtraucherschutzgesetze in Form eines deutlichen Umsatzeinbruchs oder Umsatzanstiegs ist nicht erkennbar.

Die nebenstehenden Abbildungen zeigen die Entwicklung der Umsatzgewinne und -verluste im Gastgewerbe im Jahr 2007 im Vergleich zum Vorjahresmonat in den Bundesländern mit in 2007 umgesetzten Rauchverböten in der Gastronomie sowie im Bundesdurchschnitt.



Quelle: Statistisches Bundesamt und Statistische Landesämter Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen.
 Bearbeitung: Deutsches Krebsforschungszentrum, Stabsstelle Krebsprävention 2008

Aus den Grafiken wird deutlich:

- Die Gastronomieumsätze lagen im Jahr 2007 zum Teil deutlich unter denen des Vorjahres. Ein Grund hierfür können die überdurchschnittlich hohen Einnahmen während der Fußballweltmeisterschaft 2006 sein.
- Der Abwärtstrend in der Gastronomie setzte bereits vor Inkrafttreten der Rauchverbote ein und gilt auch für die gesamtdeutsche Entwicklung, obwohl in der großen Mehrzahl der Bundesländer im Jahr 2007 das Rauchen in Gaststätten erlaubt war.
- Die Umsatzentwicklung verläuft in den einzelnen Branchensegmenten unterschiedlich. Die Getränkegastronomie hat größere Einbußen zu verzeichnen als die Speisegastronomie.
- Die Umsatzentwicklung in der Getränkegastronomie verläuft in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. In Niedersachsen beschleunigt sich der Abwärtstrend nach Einführung des Rauchverbots (mit leichter Erholung im Dezember), in Hessen folgt er weiter dem Bundesdurchschnitt, in Baden-Württemberg zeichnet sich eine positive Trendwende ab. Kalkuliert man die Chronologie der Gesetzgebung mit ein, dann liegt folgende Schlussfolgerung nahe: Je länger das Nichtraucherschutzgesetz einschließlich einer Bußgeldregelung in Kraft ist, umso positiver entwickeln sich die Umsätze in der Getränkegastronomie.

Impressum
 © 2008 Deutsches Krebsforschungszentrum, Heidelberg

Autorin: Ute Mons M.A.

Verantwortlich für den Inhalt:
 Dr. Martina Pötschke-Langer
 Deutsches Krebsforschungszentrum
 Stabsstelle Krebsprävention und

WHO-Kollaborationszentrum für Tabakkontrolle
 Im Neuenheimer Feld 280
 69120 Heidelberg
 Fax: 06221 423020, E-mail: who-cc@dkfz.de

Zitierweise:
 Deutsches Krebsforschungszentrum (Hrsg.): Umsatzentwicklung in der deutschen Gastronomie vor und nach der Umsetzung von Landesnichtraucherschutzgesetzen – eine erste Bilanz